

Fremde Federn: Gregor Schöllgen

Merkels Agenda

Deutschland steht zweifellos an einem historischen Scheideweg. Wir müssen deshalb sagen, was Politik leisten kann.“ Das sagte Angela Merkel vor dem Deutschen Bundestag – aber nicht am 24. September 2015, als sie in ihrer Regierungserklärung zur Flüchtlingsfrage Stellung nahm, sondern am 14. März 2003. An diesem Tag antwortete sie als Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion auf eine Regierungserklärung Bundeskanzler Gerhard Schröders.

Mit ihr hatte der Bundeskanzler soeben ein grundlegendes Reformprogramm für den Arbeitsmarkt vorgelegt, das bald auf die griffige Formel „Agenda 2010“ reduziert wurde. Schröder wusste, dass es keine Alternative gab, wenn man nicht in die Defensive gedrängt und zur Reaktion gezwungen werden wollte. Und der Bundeskanzler wusste auch, dass ihn die Vorstellung und konsequente Umsetzung seiner Reformagenda die Kanzlerschaft kosten könnte.

In dieser Situation befindet sich seine Nachfolgerin, seit sie die Grenzen öffnen ließ. Angela Merkel weiß, dass es um die Zukunft ihrer Kanzlerschaft geht, denn sie war dabei, als Gerhard Schröder seine Agenda in die Tat umsetzte: Seit Anfang 2005 mehr als fünf Millionen Arbeitslose gezählt wurden, weil jetzt auch die vormaligen Empfän-

ger von Sozialhilfe in dieser Statistik auftauchten, machten nicht zuletzt gewichtige Teile der sozialdemokratischen Kanzlerpartei und ihrer Fraktion gegen die Regierung mobil.

So gesehen ist der Stimmungsumschwung, mit dem nennenswerte Teile der CDU, von der ziemlich geschlossenen Front der CSU gar nicht zu reden, auf die ständig wachsende Zahl der Einwanderer reagieren, ein alarmierendes Signal. Allerdings war die Reformagenda Gerhard Schröders ein ausgearbeiteter Plan. Er war unter dem Druck der Verhältnisse hastig erstellt worden, ließ von Anfang an einen gewissen Korrekturbedarf erkennen, aber der Plan und mit ihm die Fakten lagen auf dem Tisch. Die Leute wussten also, was auf sie zukam, nachdem der Bundeskanzler seine Agenda im Parlament vorgestellt hatte.

Heute ist es umgekehrt. Unter dem Druck der Ereignisse hat die Bundeskanzlerin am 5. September die Entscheidung zur Grenzöffnung getroffen. Darüber zu streiten, ob sie richtig oder falsch war, ist müßig. Das gilt auch für die Frage, ob man eine solche Entscheidung ohne ein Konzept, ohne eine Agenda hätte treffen sollen. Dass es einen akuten Handlungsbedarf gab, war jedenfalls seit Monaten bekannt. Jetzt muss der Plan her. Die Bundeskanzlerin muss sagen, „was Politik leisten

kann“ – und was nicht, wo also die Grenze der deutschen Leistungs- und Aufnahmefähigkeit liegt. Diese Grenze ist in Zahlen darstellbar.

Merkel ist das Risiko bewusst, das in Zahlen stecken kann, denn sie hat erlebt, was die fünf Millionen für Schröder bedeutet haben. Als die Zahl 2005 bekannt wurde und weiter stieg, reduzierte der „Spiegel“ seine Titelseite auf ein frühes Bekenntnis des Kanzlers: „Wenn wir die Arbeitslosenquote nicht spürbar senken, dann haben wir es nicht verdient, wiedergewählt zu werden.“

Seine Nachfolgerin hat sich in der Flüchtlingsfrage ähnlich eindeutig festgelegt: „Wir schaffen das“ ist aber bis heute nur die erste Hälfte eines Satzes. Dessen zweite Hälfte, in der Angela Merkel sagt, was genau eigentlich von ihrer Regierung zu schaffen ist und was diese verdient oder nicht verdient, falls sie es nicht schaffen sollte, steht noch aus.

Sie weiß genau, was das bedeutet. Wie ihr Vorgänger zwei Jahre nach Verlesung seiner Reformagenda festgestellt hatte, dies sei der „schwierigste Prozess“, den er in seiner „politischen Laufbahn je erlebt“ habe, bilanziert die Kanzlerin jetzt, man stehe in der Flüchtlingsfrage vor der „größten Herausforderung ...“, die ich jedenfalls in meiner Amtszeit ... gesehen habe“.

Als sie das am 26. Juni auf der Pressekonferenz zu einem europäischen Gipfel sagte, nahm sie noch an oder hoffte doch, dass die Europäische Union die Aufgabe gemeinsam stemmen werde. Inzwischen ist es eine nationale Aufgabe. Wenn auch die Herausforderung für den Moment eine ungleich größere sein dürfte als die zu Beginn des Jahrhunderts, ist Merkels ausstehende Definition der deutschen Leistungsfähigkeit und der Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, doch durchaus Schröders Agenda vergleichbar. Auch deren Dreh- und Angelpunkt war die deutsche Leistungsfähigkeit, in diesem Fall des Sozialstaats und des Arbeitsmarkts. Außerdem war deren Reform zwar das letzte und wichtigste, aber nur ein Element eines Reformpakets, zu dem – heute fast vergessen – auch die Einwanderungs- und Asylgesetzgebung gehörte. Das alles steht jetzt wieder an, wenn auch in anderer Reihenfolge.

Die Definition der deutschen Leistungsfähigkeit ist Merkels Agenda. Das ist ein Balanceakt, denn hinter das Bekenntnis zur grundsätzlich offenen Grenze kann sie nicht mehr zurück. Das konnte und wollte auch Gerhard Schröder nicht, nachdem sein Plan auf dem Tisch lag. Damit riskierte er die Kanzlerschaft. Wird Angela Merkel das auch tun?

Der Autor lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen.